

# Scheinasylanten – kein Tabuthema in Australien



Auch im vormals vom konservativen Ministerpräsidenten John Howard mehr als elf Jahre lang klug regierten Australien ist die öffentliche Meinung über das Asylproblem gemischt: dortige Gutmenschen, insbesondere auch [hier wieder die Grünen](#) (The Greens), verschließen die Augen und möchten jeden aufnehmen, der sich auf den teilweise sehr teuren und gefährlichen Weg macht; viele Australier opponieren allerdings recht deutlich dagegen. Der große Unterschied zu Deutschland: die Presse ist keineswegs domestiziert, sondern kann zum Thema „Asylbetrug“ durchaus einen knallharten Aufmacher bringen.

*(Aus Sydney ein aktueller Bericht von der australischen Asylfront von Mr. Merkava)*

Die sogenannte [Pacific Solution](#), 2001 eingeführt unter dem konservativen australischen Premierminister [John Howard](#) (Howard seinerzeit wörtlich: „We will decide who comes to this country and the circumstances in which they come“) und von der großen Mehrheit der Australier voll unterstützt, sollte vernünftigerweise Anreize für Scheinasylanten und

Menschenschmuggler vermeiden und erreichte u.a., dass Asylverfahren nicht mehr auf australischem Boden, sondern in [Lagern auf pazifischen Inseln](#) weit weg vom Mutterland stattfanden. Diese Gesetzgebung war auch ein direktes Resultat der sog. [Tampa-Affaire](#), benannt nach dem norwegischen Frachtschiff MV Tampa, das von den von ihm geretteten, vorwiegend männlichen afghanischen Bootsflüchtlingen quasi gezwungen wurde, sie in australische Gewässer zu bringen, damit sie ganz speziell dort und eben nicht auf Borneo oder sonstwo Asyl suchen müssten, obgleich sie sich bei den moslemischen Glaubensbrüdern auf der Insel hätten direkt heimisch machen können.

Trotz großem internationalen Gutmenschen-Druck auf Australien ließ Premier Howard damals nicht zu, dass das Schiff mit den knapp 500 Bootsflüchtlingen (Boat People) in australische Gewässer eindrang. Von der Labour-Regierung unter dem Ministerpräsidenten [Kevin Rudd](#) wurde diese vernünftige „Pacific Solution“ wieder abgeschafft und unter seiner Nachfolgerin, der sozialdemokratisch geprägten Regierungschefin [Julia Gillard](#), ein nichtdefinierbarer Schaukelkurs in der Asylfrage gefahren, der zu immensen Zunahmen insbesondere der Bootsflüchtlingszahlen führte.

[Neuester Trick der Menschenschmuggler-Banden](#) ist es nämlich, die kräftig zur Kasse gebetene Kundschaft auf den Booten zu instruieren, australische Seenotrettungsorganisationen per Mobiltelefon anzurufen und [Notlage zu erklären](#). Dann würden die Australier schon zu Hilfe kommen – und erst einmal mit einem Fuß auf australischem Boden kann dann das langwierige Asylverfahren beginnen; meist hat es das Ergebnis „kommt Zeit – kommt Rat“, da die dortigen Behörden über die Zeit von Gutmenschen aus aller Welt weichgekocht werden und dann notgedrungen oft stufenweise Asyl „außer der Reihe“ gewähren.

Empört rieben sich die Australier allerdings kürzlich morgens beim Zeitunglesen die Augen, als [per Aufmacher der letzte freche Coup](#) der offensichtlichen Asylbetrüger-Banden, diesmal

direkt auf der Frontseite der Presse öffentlich entlarvt wurde:



Die angeblichen „politischen Flüchtlinge“ (und ausschließlich für politische Verfolgungsgründe ist das Asylrecht gemacht, keineswegs etwa für Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt) auf dem Boot hatten auf ihren Mobiltelefonen Kontakt mit George Roberts, einem Journalisten bei den australischen [ABC News 24](#) in Canberra und baten ihn gleich, er möge die Behörden informieren, daß sie in Seenot seien. Das tat er auch – allerdings informierte er die indonesischen Behörden, in deren Gewässer das „Asylanten“-Boot trieb.



Daraufhin wurde er beschimpft und bedrängt, dass doch die australischen Behörden, bitteschön, retten sollten, denn man wolle nach Australien und habe dafür viel Geld bezahlt...

Dieser Fall führte dazu, dass die australische Öffentlichkeit nicht mehr mit Hilfe der unschlüssigen oder vielleicht sogar klammheimlich sich die Hände reibenden Labour-Regierung [das Asylbetrüger-Problem verdrängen](#) kann. Die in Australien anscheinend weniger als in Deutschland „moderierten“ [Leserbriefe](#) zeigen deutlich, was die australische Bevölkerung von der ganzen Scheinasylanten- und Schlepperbanden-Malaise und von ihrer linken, untätigen Regierung hält.